



Presseschau vom 23.06.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Studie: Seit 11. September 2001 starben viermal mehr US-Soldaten durch Selbstmord als im Krieg**

Laut einer Studie starben seit dem 11. September 2001 viermal so viele US-amerikanische Soldaten und Veteranen durch Selbstmord als im Krieg. Als Gründe gelten körperliche und seelische Traumata sowie Anpassungsschwierigkeiten an das zivile Leben. ...

<https://kurz.rt.com/2k9t>

snanews.de: **Exklusiv: Eiszeit in den Beziehungen zu Russland – Bundesregierung antwortet auf AfD-Anfrage**

Die Bundestagsfraktion der AfD hat eine Große Anfrage an die Bundesregierung zu den außenpolitischen Beziehungen zu Russland gestellt. Die Antwort, die SNA News exklusiv vorliegt, offenbart, dass nicht mehr viel übrig ist vom einstmaligen engen Verhältnis zu Russland. Mit Verweis auf die Krim wurden viele Gesprächsformate eingestellt. ...

<https://snanews.de/20210623/beziehungen-zu-russland-bundesregierung-2594443.html>

de.rt.com: **Vom US-Außenministerium genehmigt: Khashoggis Mörder sollen Training in den USA erhalten haben**

Unter der Präsidentschaft von Barack Obama genehmigte das US-Außenministerium ein paramilitärisches Training für vier Männer, die später an der Ermordung des saudischen

Journalisten beteiligt gewesen wären. Die Sicherheitsfirma betont, es hätte sich lediglich um eine Ausbildung zum Personenschutz gehandelt.

<https://kurz.rt.com/2ka1>

Tom Fowdy: Ist das Interesse der USA an den Uiguren in China dem Ölreichtum in Xingjiang geschuldet?

Die USA machen viel Lärm um die Uiguren. Angesichts der strategischen Bedeutung der Region Xinjiang und ihres Reichtums an natürlichen Ressourcen dürfte Washington aber eher an geopolitischen Manipulationen als an der dortigen Menschenrechtslage interessiert sein. ...

<https://kurz.rt.com/2k9b>

Friedhelm Klinkhammer, Volker Bräutigam: Menschenrechte nach Tagesschau-Maß: Das Lieferkettengesetz und die Würde von Spargelstechern

Immer wieder beschwören deutsche Politiker eine "wertebasierte" Ordnung und mahnen andere Länder zur Einhaltung der Menschenrechte. Dass sie es damit selbst nicht so genau nehmen, zeigt das jüngst verabschiedete Lieferkettengesetz. An dem Bild, wonach Deutschland ein Bollwerk der Menschenrechte sei, will auch die öffentlich-rechtliche Tagesschau nicht kratzen. ...

<https://kurz.rt.com/2kar>

abends/nachts:

snanews.de: „Dankbar für die Einladung“: Selenski besucht am 12. Juli Merkel in Berlin

Nach Angaben des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski wird er am 12. Juli Berlin besuchen, um mit Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu sprechen.

Merkel habe Selenski nach Berlin eingeladen, um die Frage einer friedlichen Beilegung des Konflikts im Donbass zu diskutieren, hieß es am Dienstag aus dem Büro des Präsidenten der Ukraine.

„An diesem besonderen Tag habe ich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel gesprochen, dass die Welt alles tun muss, um zu verhindern, dass sich solche Tragödien wie der Zweite Weltkrieg wiederholen. Ich bin dankbar für die Einladung, am 12. Juli Berlin zu besuchen, um aktuelle Sicherheitsfragen und Fragen der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Deutschland zu diskutieren“, schrieb Selenski auf Twitter.

Die Ukraine hatte Deutschland seit dem Beitritt der Schwarzmeer-Halbinsel Krim zum Staatsverband Russlands 2014 um die Lieferung von Waffen und anderer Rüstungsgüter gebeten – ohne Erfolg. Gemäß den deutschen Rüstungsexportrichtlinien dürfe Deutschland keine Waffen in Krisengebiete liefern, hieß es in Berlin. Trotz einer klaren Absage der Bundesregierung dringt die Ukraine immer wieder auf deutsche Waffenlieferungen „zum Schutz vor russischen Angriffen“. ...



https://cdn.snnews.de/img/07e5/06/01/2323893_0:0:3071:1728_1440x0_80_0_0_b9b0334cc1a15afe55e5d79ffa834ab8.jpg

wpered.su: **Gedenken an Eduard Ljubimow**

Die Kommunistische Partei der Donezker Volksrepublik hat einen schweren Verlust erlitten. Im 91. Lebensjahr starb Eduard Borissowitsch Ljubimow.

Eduard Borissowitsch war Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der DVR, Mitglied des Präsidiums des Zentralrats der Internationalen Vereinigung Union Sowjetischer Offiziere, er leitete die Union Sowjetischer Offiziere der DVR und die Freundschaftsgesellschaft „Donbass – Kuba“. Er diente in den 50er Jahren in der Deutschen Demokratischen Republik, erfüllte seine internationalistischen Pflicht während der „Karibikkrise“ auf Kuba.

Eduard Borissowitsch war ein überzeugter Kommunist, ein ehrenhafter und bescheidener Mensch, bis zum Ende seines Lebens blieb er seiner Pflicht als sowjetischer Offizier treu. Er kämpfte immer für das Wohl der arbeitenden Menschen und soziale Gerechtigkeit.

Das Zentralkomitee der KP der DVR spricht den Verwandten und Freunden Eduard Borissowitschs sein Mitgefühl aus.

Ewiges Andenken!



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2016/08/yoyoyoyo.png>

de.rt.com: **Russisches Militär blockiert US-Konvoi in Nordsyrien – Lawrow kritisiert US-Besatzer scharf**

Russisches Militär blockierte einen US-Militärkonvoi in al-Hasaka aufgrund der Verletzung von Sicherheitsprotokollen in Nordsyrien. Der russische Außenminister beklagte die Lage in Nordsyrien, die durch US-Sanktionen und durch die Besetzung des Gebietes östlich des

Euphrat verschärft worden sei.

Russische Streitkräfte blockierten am Montag einen US-amerikanischen Militärkonvoi mit vier gepanzerten Fahrzeugen in der nordöstlichen syrischen Provinz al-Hasaka, da er gegen die "Sicherheitsprotokolle zur Konfliktvermeidung im Nordosten Syriens" zwischen Russland und den USA verstoßen habe.

Das US-Militär bewegte sich auf der Autobahn in der Nähe der Siedlung Tell Tamer in der Provinz al-Hasaka ohne vorherige Benachrichtigung der russischen Seite und verletzte somit bestehende Mechanismen zur Konfliktvermeidung. Das russische Militär blockierte deswegen den US-Konvoi. Infolgedessen war die US-amerikanische Einheit der Koalitionstruppen gezwungen, umzukehren und in ihr Gebiet zurückzufahren.

Al-Hasaka wurde von US-amerikanischen Soldaten und den sogenannten Syrischen Demokratischen Kräften (SDF) besetzt. Die USA haben jedoch ohne irgendein Mandat – weder aus Damaskus noch von den Vereinten Nationen – ihre Truppen in Syrien stationiert. Die kurdische Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens hatte bereits im August 2020 ein Abkommen mit den USA das syrische Öl betreffend geschlossen, und seither werden die syrischen Ölvorkommen durch die USA und die Milizen in Nordsyrien geplündert. Wiederholte Aufrufe der syrischen Regierung, die Besetzung des Landes zu beenden, werden dagegen ignoriert.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow beklagte am Montag nach Gesprächen mit Helga Schmid, der Generalsekretärin der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), dass die humanitäre Lage in Syrien durch rechtswidrige US-Sanktionen und durch die Besetzung der Gebiete am östlichen Ufer des Euphrat verschärft worden wäre.

"Sie plündern Ölressourcen und andere Bodenschätze und verwenden die Mittel, das sie damit verdienen, um Projekte zu finanzieren, die von vielen als Förderung des Separatismus und als Provozierung des syrischen Staates angesehen werden."

Der russische Außenminister bezeichnete laut TASS die Lage im syrischen Gouvernement Idlib als nach wie vor katastrophal. Heute sei Idlib der einzige Ort in Syrien, wo humanitäre Hilfe von außen ohne Beteiligung der Regierung geleistet werde, fügte er hinzu. Lawrow erklärte, dass sowohl die Vereinten Nationen als auch westliche Länder die Erklärungen der syrischen Regierung zur Bereitschaft für Hilfslieferung über Damaskus immer wieder ignorieren.

Lawrow wies zudem darauf hin, dass einige europäische Staaten und die Vereinigten Staaten versuchten, die Rückkehr syrischer Flüchtlinge in ihre Heimat zu behindern. Die gesamte Hilfe, die der Westen aufbringt, leiste er ohne die Beteiligung der Regierung in Damaskus und unter Verstoß gegen die UN-Regeln. Diese Hilfe werde deswegen niemals dazu genutzt, Flüchtlingen bei der Rückkehr in ihre Heimat zu helfen, so der russische Außenminister.

<iframe width="905" height="509" src="https://www.youtube.com/embed/HfygHt8t2e8" title="YouTube video player" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; clipboard-write; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/HfygHt8t2e8>

vormittags:

snanews.de: USA setzen Dutzende Webseiten mit Verbindung zum Iran außer Betrieb

Die USA haben mehrere Domains von Webseiten beschlagnahmt, die dem Iran nahestehen. Dies ist einer Mitteilung des US-Justizministeriums zu entnehmen.

Betroffen seien 33 Webseiten der Iranischen Islamischen Rundfunk- und Fernsehunion (IRTVU) sowie drei Seiten, die von der Miliz „Kata'ib Hizballah“ betrieben würden, gab das Amt am Dienstag bekannt. Es warf den Organisationen einen Verstoß gegen US-Sanktionen sowie die Verbreitung falscher Informationen vor.

Die Domains der 36 Webseiten gehörten demnach US-Unternehmen und seien ohne Erlaubnis der Kontrollbehörde des US-Finanzministeriums (OFAC) genutzt worden.

Als Webseiten des englischsprachigen Senders des iranischen Staatsfernsehens Press TV, des arabischsprachigen Kanals des Staatsfernsehens Al-Alam und des Satellitennachrichtensenders Al-Masirah der jemenitischen Huthi-Rebellen am Dienstag aufgerufen wurden, gab es einen Beschlagnahmehinweis. Demzufolge wurden die Seiten „im Rahmen eines Vorgehens“ des Amts für Industrie und Sicherheit, des Amts für Export-Kontrolle und der Bundespolizei FBI außer Betrieb genommen.

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 22. Juni 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Kalinowka wurde mit einem 82mm-Mörsern beschossen (7 Geschosse).

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: USA kündigen das nach Truppenzahl größte Militärmanöver in Ukraine und Schwarzem Meer an

Ein Militärmanöver unter Einbeziehung der Streitkräfte der NATO-Staaten wird auf dem Territorium der Ukraine und im Schwarzen Meer stattfinden. Nach Angaben der US-Botschaft in Kiew wird an der Übung eine Rekordzahl der Länder teilnehmen.

Zwischen dem 28. Juni und dem 10. Juli findet auf dem ukrainischen Territorium und im Schwarzen Meer das Militärmanöver Sea Breeze 2021 unter Einbeziehung der Streitkräfte der Ukraine, der USA, der Türkei, Frankreichs und weiterer NATO-Partner statt. An der Übung sollen 5.000 Soldaten, 32 Schiffe, 40 Flugzeuge sowie 18 Teams von Spezialeinsatzkräften und Kampfschwimmer aus 32 Staaten teilnehmen.

Die US-Botschaft in Kiew teilte auf Twitter mit, das Manöver werde das nach der Truppenzahl größte in der Geschichte sein. Die Übung solle die Kompatibilität der Streitkräfte verbessern, die Sicherheit auf See erhöhen und für Frieden in der Region sorgen.

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow hatte zuvor gewarnt, das groß angelegte Manöver in der Ukraine könne als Anlass dafür dienen, Ausrüstung an die Kiewer Streitkräfte in die Ostukraine zu liefern.

Zuvor hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij in einem Interview mit dem US-Nachrichtenportal Axios erklärt, er bezweifle nicht, dass die Ukraine Mitglied der Nordatlantikallianz werde. Der NATO-Beitritt sei lebenswichtig für die Sicherheit des Landes. Später teilte Selenskij während eines Treffens der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedsstaaten in Brüssel auf Twitter mit, die NATO-Spitze habe ihre Zustimmung zum Beitritt der Ukraine bestätigt.

US-Präsident Joe Biden dementierte jedoch gegenüber Journalisten die Behauptungen seines ukrainischen Amtskollegen bezüglich der Aussichten Kiews auf die Mitgliedschaft im Bündnis. Ob sich die Ukraine tatsächlich qualifiziere, bleibt Biden zufolge "abzuwarten".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d2031bb480cc77b9770f33.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 22. Juni 3:00 Uhr bis 23. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Staromichajlowka, Alexandrowka.

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu allen Fällen von Verletzung des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 4.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 7 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: Russland ruft USA und ihre Verbündeten zum Verzicht auf Manöver im Schwarzen Meer auf

Der Umfang der ukrainisch-amerikanischen Übungen Sea Breeze erhöht das Risiko unbeabsichtigter Zwischenfälle im Schwarzen Meer. Deshalb ruft Moskau Washington und seine Verbündeten auf, von den Manövern abzusehen. Dies erklärte die russische Botschaft in den USA.

Die Übungen sind vom 28. Juni bis zum 10. Juli geplant. Daran sollen 5000 Militärangehörige sowie 32 Schiffe aus 32 Ländern beteiligt sein. Wie der amtliche Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, zuvor erklärte, werde die Nato unter dem Deckmantel der Übungen Sea Breeze moderne Waffen an die Ukraine liefern, die in der Folgezeit an die ukrainischen Streitkräfte und die nationalistischen Bataillone im Donbass übergeben werden würden.

„Der Maßstab und der offenbar aggressive Charakter der Übungen Sea Breeze entsprechen keineswegs den Sicherheitsaufgaben in der Schwarzmeer-Region“, heißt es in einer Mitteilung auf dem Twitter-Kanal der Botschaft.

Die Diplomaten verweisen darauf, dass die Übungen „das Risiko unbeabsichtigter Zwischenfälle erhöhen und die militaristischen Stimmungen in Kiew begünstigen“.

„Wir fordern die USA und ihre Verbündeten nachdrücklich auf, auf das Trainieren militärischer Handlungen im Schwarzen Meer zu verzichten“, so die Botschaft. Es wird unterstrichen, dass aufkommende Probleme in der Region ohne von außen aufgezwungene Hilfe gelöst werden könnten.

Die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hatte zuvor darauf verwiesen, dass die Nato militärische Aktivitäten im Schwarzen Meer verstärke und die Anzahl der gemeinsamen Übungen mit der Ukraine vergrößere. „All das ist für die innerukrainische Regelung keineswegs förderlich“, betonte Sacharowa.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/16/1822500_0:229:1000:792_1440x0_80_0_0_55005ec524fe347b72a418ee2a99a1ec.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 23. Juni um 9:00 Uhr 5027 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 4404 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 467 Todesfälle.

de.rt.com: Putin: NATO lehnt unsere Vorschläge zur Deeskalation der Spannungen ab

Wladimir Putin betont auf der Moskauer Konferenz über Internationale Sicherheit, dass die UN das Fundament der internationalen Beziehungen bleibt. Zudem hofft der russische Präsident, dass politischer Wille und Kompromissbereitschaft positive Ergebnisse bringen. In einer Videobotschaft hat der russische Staatschef Wladimir Putin gegenüber den Teilnehmern und Gästen der Moskauer Konferenz über Internationale Sicherheit betont, er halte die UN für das Fundament der internationalen Beziehungen. Putin erklärte: "Unter der Schirmherrschaft der UN sollten alle neuen Spielregeln aufgestellt werden. Alles andere ist der Weg zu Chaos und Unberechenbarkeit."

Unter anderem sprach Putin das Thema NATO an. Das Staatsoberhaupt erinnerte daran, Russland und die Vereinigten Staaten den Vertrag über die Reduzierung strategischer Offensivwaffen bis ins Jahr 2026 verlängert haben. Dies sei dank dem politischen Willen und der Kompromissbereitschaft möglich geworden.

Jedoch merkte Putin an, Russland sei über den anhaltenden Aufbau militärischer Infrastruktur der NATO nahe der russischen Grenzen besorgt. Überdies sei die Tatsache besorgniserregend, dass sich das Bündnis weigere, Russlands Vorschläge zur Deeskalation der Spannungen und zur Verringerung des Risikos unvorhersehbarer Zwischenfälle konstruktiv zu besprechen. Allerdings rechne Russland damit, dass sich der gesunde Menschenverstand und der Wunsch,

konstruktive Beziehungen aufzubauen, irgendwann durchsetzen werden. Trotz einiger positiver Signale würden die Turbulenzen in den geopolitischen Prozessen weiter zunehmen, sagte der russische Präsident. Aus diesem Grund, so Putin, würden das Ausmaß und der globale Charakter der Probleme gemeinsame Anstrengungen aller Staaten erfordern.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d2ebb3b480cc0cea61be29.jpg>

Mzdnr.ru: Am 22. Juni wurden in der DVR 573 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 141 positiv, bei 65 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch festgestellt.

Am 23. Juni um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 42.082 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3578 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 35.313 als gesund entlassen, es gibt 3191 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 104 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 33 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 86 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1120 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 559 mit Sauerstoffunterstützung (+30 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden mit 5 Expressstests 2 Patienten entdeckt, die bereits zuvor eine Coronavirusinfektion durchgemacht haben. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 1903 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

deu.belta.by: **Verteidigungsminister über unwiderlegbare Beweise: USA planten Attentat auf Lukaschenko**

Der belarussische Verteidigungsminister Wiktor Chrenin hat in der Plenarsitzung der 9. Moskauer Sicherheitskonferenz gesagt, es liegen unwiderlegbare Beweise vor, die die öffentlichen US-Strukturen mit dem geplanten Attentat auf Alexander Lukaschenko in Verbindung bringen.

„Das fehlende System der ‚Checks and Balances‘ führte dazu, dass sich die Mächtigen dieser Welt vollkommen verantwortungslos benehmen und sich nicht scheuen, traditionelle rote Linien zu überschreiten“, stellte Chrenin fest. „Wir sprechen in diesem Zusammenhang vom staatlichen Terrorismus.“

Nach seinen Angaben war die Tötung des iranischen Topgenerals Qassem Soleimani durch die USA der erste Vorbote einer solchen Erscheinung. „Vor ein Paar Monaten musste auch Belarus erfahren, was dieses Phänomen an sich hat. Im Zuge einer gemeinsamen Operation belarussischer und russischer Geheimdienste wurde der Versuch eines Aufstandes vereitelt, dessen Ziel es war, den belarussischen Staatschef und seine Familienmitglieder zu eliminieren. Heute liegen unwiderlegbare Beweise vor, die die staatlichen US-Strukturen mit

der Vorbereitung dieses Attentates in Verbindung bringen“, erklärte der Verteidigungsminister. Am Forum nehmen Verteidigungsminister, Generalstabsleiter und Leiter militärischer Behörden aus 109 Staaten teil, darüber hinaus Vertreter internationaler Organisationen wie GUS, OVKS, UNO, OSZE, IRK, Liga der arabischen Staaten. Im Mittelpunkt stehen Fragen der regionalen und globalen Stabilität in Europa, Asien, Afrika, im Nahen Osten und Lateinamerika.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1624441985_57593_big.jpg

nachmittags:

snanews.de: „**Reuiger Deutscher oder ein Erbe der Nazis?“: Lukaschenko kritisiert Maas nach neuen EU-Sanktionen**

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat vor dem Hintergrund des Sanktionsdrucks auf sein Land den deutschen Außenminister Heiko Maas angegriffen, der zuvor über die Unvermeidlichkeit der zusätzlichen Sanktionen gegen ganze Teile der weißrussischen Wirtschaft gesprochen hatte.

Der Westen, insbesondere Deutschland, hätten nichts aus der Geschichte gelernt, sagte Lukaschenko anlässlich des 80. Jahrestages des Überfalls von Hitler-Deutschland auf die Sowjetunion, an den Weißrussland und andere Ex-Sowjetstaaten am Dienstag erinnert haben.

„Was wir nicht erwartet haben, ist, dass sich auch Deutschland an dieser kollektiven Verschwörung beteiligt“, sagte der 66-Jährige in der Stadt Brest im Westen des Landes. Er hätte eine Beteiligung an den Sanktionen nicht von denjenigen erwartet, „deren Vorfahren jeden dritten Weißrussen umgebracht haben“, sagte Lukaschenko.

Er erinnerte auch an die Worte des deutschen Außenministers Heiko Maas, der zuvor zu den Zielen der EU-Wirtschaftssanktionen gesagt hat: „Wir wollen auf die Art und Weise einen Teil dazu beitragen, dass dieses Regime finanziell ausgetrocknet wird.“

Lukaschenko sagte: „Herr Maas, wer sind Sie? Ein gestern noch reuiger Deutscher oder ein Erbe der Nazis? Antworten Sie öffentlich darauf, wenigstens vor ihrem eigenen Volk“.

In diesem Zusammenhang mahnte er, „die Sünden ihrer Vorgänger nicht öffentlich zu bereuen“, diese Reue sei wertlos. Der weißrussische Staatschef betonte, dass keine Worte die wahren Absichten verbergen können.

EU-Sanktionen gegen Minsk

Am Montag hatten sich die EU-Außenminister weitreichende Wirtschaftssanktionen gegen Weißrussland geeinigt. Demnach sollen EU-Einreiseverbote gegen 78 Personen verhängt und ihre in der EU vorhandenen Vermögenswerte eingefroren werden. Betroffen sind zudem mindestens sieben Organisationen – staatliche Stellen und Unternehmen.

Maas hält aber zusätzliche Strafmaßnahmen gegen Teile der weißrussischen Wirtschaft für unausweichlich. Diese sollen etwa die Kali-Industrie, den Energie- und Finanzsektor treffen. Als Argument für die Sanktionen nennt Brüssel die „anhaltenden Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition“ in Weißrussland. Das Sanktionspaket trifft außerdem Personen, die aus EU-Sicht an dem Vorfall mit der Landung des Ryanair-Flugzeugs am 23. Mai beteiligt waren.

Die Sowjetunion hatte mit rund 27 Millionen Toten so viele Opfer zu beklagen wie kein anderes Land im Zweiten Weltkrieg. Der Überfall durch die Nazis am 22. Juni 1941 markierte für das Land den Beginn des Großen Vaterländischen Krieges.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/06/17/2589527_0:0:3308:1861_1440x0_80_0_0_bdbc6c1726ebddc3fa52c57234315349.jpg

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Die ukrainische Seite hat ein weiteres Mal ihre Niedrigkeit und Unmenschlichkeit demonstriert.

Es sind zwei Tage seit dem Augenblick der Tragödie vergangen, als die Besatzer im Gebiet von Staromichajlowka einige terroristische Akte begingen, in deren Folge vier Verteidiger der Republik starben und fünf verletzt wurden.

Trotz der vorliegenden Garantien von der ukrainischen Seite über eine Einhaltung eines „Regimes der Ruhe“ von 8:00 bis 12:00 Uhr ist es am 22. Juni nicht gelungen, die Leichen der Toten und das Sanitätsfahrzeug, das ein unmittelbarer Beweis der Verbrechen der ukrainischen Kämpfer ist, zu bergen. Unter Nutzung der vom GZKK der Ukraine erhaltenen Informationen, befahl der Kriegsverbrecher und Kommandeur der 28. Brigade Martschenko, das Feuer mit einem automatischen Granatwerfer auf die Bergungsgruppe, die zum Ort der Tragödie fuhr, zu eröffnen.

Opfer konnten dieses Mal vermieden werden. Dabei ist vollständig unklar, wie in Zukunft Verhandlungen mit den ukrainischen Besatzern geführt werden und deren Versprechungen geglaubt werden kann.

Besonders ungeheuerlich ist in dieser Situation, dass trotz der mehrfachen Anfragen nach Sicherheitsgarantien und einem „Regime der Ruhe“ durch uns die Ukraine es uns zwei Tage lang nicht erlaubt hat, die Leichen der getöteten Genossen zu holen, um sie nach christlichen Gebräuchen der Erde zu übergeben.

Dieser Frevel, der nur offenen Terroristen und Unmenschen zu eigen ist, hat klar demonstriert, was für ein Feind uns gegenüber steht.

In den bestehenden Umständen hat das Kommando der Volksmiliz entschieden, die Bergung der Leichen ohne bestätigte Sicherheitsgarantien von Seiten der Ukraine durchzuführen. In der letzten Nacht ist es einer Bergungsabteilung unter Lebensgefahr gelungen, die Leichen

unserer getöteten Genossen zurück zu den Verwandten und Freunden zur Beerdigung zu bringen.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser Mitgefühl aus.

snews.de: **US-Außenminister Blinken warnt vor Nord Stream 2 als „Waffe“ gegen Ukraine und Europa**

Nach einem Treffen mit Außenminister Heiko Maas in Berlin hat sein US-Amtskollege Antony Blinken davor gewarnt, dass Russland Energie als Machthebel gegenüber der Ukraine nutzen könnte. Am heutigen Mittwoch empfangen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Maas Blinken in Berlin, parallel reist Wirtschaftsminister Peter Altmaier nach Washington.

„Unser Ziel ist sicherzustellen, dass Russland Energie nicht als Zwangsmittel, als Waffe gegen die Ukraine oder irgendwen sonst in Europa nutzt“, sagte Blinken am Mittwoch auf einer Pressekonferenz mit Maas (SPD). Die USA seien weiter der Ansicht, dass die Pipeline ein geopolitisches Projekt Russlands sei, das Europas Energiesicherheit gefährde. Mit Blick auf die Meinungsverschiedenheit in diesem Punkt zwischen Washington und Berlin betonte Blinken zugleich:

„Das passiert von Zeit zu Zeit unter Freunden.“

Maas seinerseits betonte, man wolle zu Ergebnissen kommen, „die auch in Washington mitgetragen werden können“. Es gebe eine Vielzahl an Möglichkeiten und Ansätzen, die man diskutiere. Der geplante USA-Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Juli sei ein geeigneter Zeitpunkt, um zu Ergebnissen zu kommen.

Blinken zu Besuch in Berlin

Später am Tag trifft sich Blinken dann noch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und nimmt anschließend an der zweiten internationalen Libyen-Konferenz der Bundesregierung teil, bei der auch Russland, China und die Türkei vertreten sind. Am Donnerstag sollen Maas und Blinken dann am Denkmal für die ermordeten Juden Europas eine Vereinbarung zu einer engeren Zusammenarbeit bei der Erinnerung an den Holocaust unterzeichnen.

Erwartet wird, dass Merkel und Maas mit dem hochrangigen Gast den Neuanfang in den deutsch-amerikanischen Beziehungen diskutieren werden sowie Streitpunkte wie Nord Stream 2. Zwar hatte US-Präsident Joe Biden auf die Sanktionen gegen die am Projekt beteiligten EU-Firmen verzichtet, das US-Ministerium hat seitdem aber seine Ablehnung von Nord Stream 2 mehrmals bekräftigt, und der nationale US-Sicherheitsberater Jake Sullivan schließt weitere Sanktionen gegen die am Bau von Nord Stream 2 beteiligten Firmen, vor allem russische, nicht aus.



https://cdn.snews.de/img/07e5/06/17/2591264_0:0:3073:1728_1440x0_80_0_0_ea3979655033951f1ee3124708d2c8b0.jpg

snews.de: **Kramp-Karrenbauer begrüßt Milliarden-Plus bei Verteidigungsetat**

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat die für das kommende Jahr geplante Steigerung der Verteidigungsausgaben auf erstmals mehr als 50 Milliarden Euro begrüßt. „Gutes Ergebnis. Nicht für mich. Für die Truppe“, schrieb die CDU-Politikerin am Mittwoch auf Twitter.

Nachdem das Bundeskabinett den Entwurf für den Bundeshaushalt 2022 billigte, wies das Verteidigungsministerium auf die Steigerung um 3,4 Milliarden Euro im Vergleich zu diesem Jahr hin und sprach von Investitionen in die Sicherheit.

Der Haushaltsausschuss des Bundestages wird sich am Nachmittag mit milliardenschweren Rüstungsprojekten befassen. Die Abgeordneten sollen grünes Licht für insgesamt 27 Vorlagen geben, die mit einem Umfang von insgesamt 16 Milliarden Euro beziffert sind. Darunter sind das geplante Luftkampfsystem FCAS (rund 4,5 Milliarden Euro), das deutsch-norwegische U-Boot-Projekt „U212 CD“ (2,8 Milliarden Euro) sowie drei Flottendienstboote (zwei Milliarden Euro).

Das Verteidigungsministerium sieht die Projekte als zentral für die Modernisierung der deutschen Streitkräfte an. Aus der Opposition gab es Kritik, auch am Zeitpunkt, dem Umfang der parlamentarischen Befassung und der teils unklaren Finanzierung. Alle Beschaffungs- und Entwicklungsprojekte der Bundeswehr mit einem Investitionsvolumen von 25 Millionen Euro oder mehr bedürfen vor Vertragsschluss der gesonderten Zustimmung des Haushaltsausschusses in Form sogenannter „25-Mio-Vorlagen“.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/05/05/1978377_0:44:1000:607_1440x0_80_0_0_5018057b598da03eb44b270e514320bc.jpg

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 23.06.2021

Die ukrainische Seite verletzt weiter grob ihre Verpflichtungen zur Einhaltung eines Regimes der Feueereinstellung.

So wurden **in den letzten 24 Stunden drei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Straftruppen des 1. mechanisierten Bataillons der 28. mechanisierten Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Martschenko von den Positionen im Gebiet von Krasnogorowka aus trotz eines vereinbarten Regimes der Ruhe das Feuer mit Antipanzergranatwerfern auf **Staromichajlowka** eröffnet.

Außerdem haben ukrainischen Kämpfer von den Positionen des 3. mechanisierten Bataillons der 28. Brigade im Gebiet von Marjinka aus mit Schusswaffen in Richtung **Alexandrowka** geschossen.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **vier Feuerprovokationen** begangen:

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 10. Gebirgsturmgrade auf Befehl des Brigadekommandeurs Kotlik zweimal das Feuer eröffnet: von den Positionen im Gebiet von

Majorsk aus haben sie die **Siedlung des Bergwerks 6/7** mit Antipanzergranatwerfern und Schusswaffen beschossen, von den Positionen im Gebiet von Leninskoje wurden 12 120mm-Mörsergeschosse auf die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** abgefeuert.

Infolge des Beschusses von Seiten der Terroristen der 10. Brigade auf das Gebiet von Gorlowka wurde ein Schaden am Dach und einer Zimmerdecke eines Wohnhauses in Sajzewo in der Rybalko-Straße 144 festgestellt.

Straftruppen der 72. mechanisierten Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Nowoselowka aus 12 120mm-Mörsergeschosse auf **Krasnyj Partisan** abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Straftruppen der 93. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Brishinskij fünf Mörsergeschosse mit 120mm-Mörsern auf **Nowolasp** abgefeuert.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die ukrainische Seite im GZKK ignoriert nach wie vor die Versuche der Vertreter der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen.

Die Verteidiger der Republik beobachten den Gegner, halten streng den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feueinstellung ein.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen zwei Schützenpanzer aus dem Bestand der 128. Gebirgsschützenbrigade in der Nähe von Wohnhäusern in der Nadeshda-Straße in Talakowka stationiert sind.

Außerdem behindert die ukrainische Seite weiter zielgerichtet die Arbeit der internationalen Beobachter, indem sie die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission blockiert. So hat der Gegner, um die Entdeckung von Verstößen von Seiten der 28. Brigade zu verhindern, Stationen zur Funkblockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung in den Gebieten von Krasnogorowka, Staromichajlowka und Alexandrowka eingesetzt.

In Erwartung des Treffens mit Biden hat der ukrainische Präsident vor die gegenwärtige Lage für einen weiteren Beweis der ukrainischen „Rolle“ im Kampf gegen die mythische Aggression von Seiten der Russischen Föderation „vorzubereiten“.

So **hat Selenskij** dem Kommandeur der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte General Galagan **den Befehl gegeben, bis Ende Juni, nämlich bis zum Treffen mit Biden Diversionsaktivitäten gegen die Republiken durchzuführen.**

Nach unseren Informationen hat die ukrainische Führung für die Verbrechen Kämpfer aus dem 73. Zentrum für Spezialoperationskräfte eingeplant.

Wir bemerken die **Ankunft eines Scharfschützenpaares** im Verantwortungsbereich der 128. Gebirgsschützenbrigade, außerdem befinden sich seit dem 20. Juni zwei Scharfschützenpaar vom 54. Aufklärungsbataillon im Verantwortungsbereich der 72. mechanisierten Brigade im Gebiet von Awdejewka.

Das Kommando der Volksmiliz ruft die internationalen Organisationen auf, ihre Aufmerksamkeit auf die Pläne der ukrainischen Führung zur groben Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu richten.

Das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ arbeitet im Rahmen der Hilfe von europäischen Partnern mit Vertretern der Organisation „Schweizerischer Fonds für Minenräumungsaktivitäten“ zusammen.

Der Kommandeur der 59. Brigade Schapowalow wurde beauftragt, die Sicherheit einer Gruppe von 17 Spezialisten im Gebiet von Troizkoje zu gewährleisten. Schapowalow schickte gemeinsam mit der Gruppe zwei Offiziere aus einer technischen Kompanie unter

dem Vorwand der Begleitung mit, um die Minenräumungsgebiet zu erfassen, um in der Folge nach der Abreise der Vertreters des „Schweizerischen Fonds für Minenräumungsaktivitäten“ neue Minen zu installieren.

Ein weiteres Mal ruft das Kommando der Volksmiliz die Einwohner des von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territoriums auf, im Zusammenhang mit der hohen Minengefahr beim Verkehr in Ortschaften in der der Nähe von Stationierungsorten ukrainischen Einheiten vorsichtig zu sein.

Nach Angaben unserer Aufklärung ist im Zusammenhang mit weiteren **nicht kampfbedingten Verlusten** im 3. Bataillons der 93. Brigade dort am 22. Juni eine Kommission unter Leitung des Brigadekommandeurs Brishinskij eingetroffen.

So gab es bei der Entladung von Munition in einem Feldartillerielager im Gebiet von Rawnopolje im Zusammenhang mit der Verletzung von Sicherheitsanforderungen und dem Fehlen einer Kontrolle von Seiten des Kommandeurs eines Zugs Oberleutnant Kolantschuk eine Detonation, in der Folge starb ein Kämpfer und drei wurden verletzt.

In der Folge einer Ermittlung wurde festgestellt, dass der zum Leiter ernannte Kommandeur des Zugs Kolantschuk den Entladungsort verlassen hatte und die verbliebenen unkontrollierten Untergebenen Alkohol tranken.

de.rt.com: **Großbritannien wird Ukraine mit Kriegsschiffen versorgen und Marinestützpunkte bauen**

Die Ukraine und Großbritannien haben sich auf ein Abkommen über den gemeinsamen Bau von Kriegsschiffen und Stützpunkten für die ukrainische Kriegsmarine geeinigt. Die Vereinbarung kommt eine Woche, bevor die ukrainische Marine im Rahmen der Übung Sea Breeze 2021 Kriegsspiele mit NATO-Schiffen im Schwarzen Meer durchführen soll.

Die Ukraine hat angekündigt, dass sie ihre bereits umfangreiche Zusammenarbeit mit Großbritannien im Bereich der Seestreitkräfte erweitern wird. Die beiden Länder unterzeichneten am Montag ein gemeinsames Abkommen, dem zufolge das Vereinigte Königreich Schiffe sowie Stützpunkte für Kiew entwerfen und bauen wird.

Die Ankündigung erfolgt acht Monate nach der Unterzeichnung eines 1,25 Mrd. Pfund (1,4 Mrd. Euro) schweren Vertrags mit Großbritannien über acht Schnellangriffsraketenboote der Barzan-Klasse, der bei einem Besuch des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij in London vereinbart wurde.

Die Vereinbarung kommt auch eine Woche, bevor die ukrainische Marine Kriegsspiele mit NATO-Schiffen im Schwarzen Meer, als Teil der Übung Sea Breeze 2021, durchführen soll.

Die US-Botschaft in Kiew teilte auf Twitter mit, das Manöver werde das nach der Truppenzahl größte in der Geschichte sein. Die Übung solle die Kompatibilität der Streitkräfte verbessern, die Sicherheit auf See erhöhen und für Frieden in der Region sorgen. Als Teil des Abkommens ist Großbritannien verpflichtet, zwei Minenjäger der Sandown-Klasse an die ukrainische Kriegsmarine zu übergeben. Die Boote, die derzeit in der britischen, saudi-arabischen und estnischen Kriegsmarine im Einsatz sind, sind kleine, aber effektive Schiffe mit Sonar zur Minenjagd sowie Ausrüstung zur Minenbeseitigung. Im Jahr 2021 beschloss Großbritannien, alle Schiffe der Sandown-Klasse außer Dienst zu stellen und sie durch automatisierte Systeme zu ersetzen. Stattdessen werden zwei davon nach Kiew verlegt. Die Vereinbarung wurde auf der HMS Defender, einem britischen Luftabwehr-Zerstörer, der letzte Woche in Odessa eintraf, abgeschlossen und vom stellvertretenden Verteidigungsminister der Ukraine Alexander Mironjuk und dem britischen Minister für Verteidigungsbeschaffung Jeremy Quin unterzeichnet.

Das neue Abkommen zwischen den beiden Ländern wird der ukrainischen Kriegsmarine, die nach der Entscheidung der Krim im Jahr 2014, sich wieder der Russischen Föderation anzuschließen, einen erheblichen Teil ihrer Fähigkeiten verloren hat, einen dringend benötigten Auftrieb geben. Mit dem Verlust des Krim-Hafens Sewastopol verlor Kiew den

größten Teil seiner Marine-Infrastruktur sowie einen großen Teil seines Personals, das seine Loyalität änderte, als seine Heimathalbinsel unter die Kontrolle Moskaus geriet.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d30391b480cc0d0b784602.jpg>

de.rt.com: **Russischer Verteidigungsminister zu NATO-Abzug: 20 Jahre Afghanistan ohne "signifikante Ergebnisse"**

Während die NATO mit dem Rückzug ihrer Truppen befasst ist, bringen sich die Taliban in Stellung und nehmen weitere Gebiete ein. Der russische Verteidigungsminister sieht das Engagement der ausländischen Truppen als ergebnislos an und warnt vor Massenmigration und Ausbreitung von Extremismus.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben den USA Anlass gegeben, in Afghanistan einzumarschieren. Die Präsenz des US-Militärs in Afghanistan wird auch als der längste Krieg der USA bezeichnet.

US-Präsident Donald Trump wollte dem ein Ende setzen und unterzeichnete 2020 ein Abkommen mit den Taliban. In ihm versprach der ehemalige US-Präsident den Abzug aller US-amerikanischen und NATO-Truppen aus dem Land. Die NATO-Mission umfasste 9.600 Soldaten. Der Abzug begann Ende April.

Die festgelegte Frist zum 1. Mai 2021 für den Rückzug konnte US-Präsident Joe Biden aber nicht einhalten. Es wurde eine neue Frist gesetzt. Stichtag ist jetzt der 11. September dieses Jahres. Das Datum könnte erneut nach hinten verschoben werden. Auch Deutschland begann damit, seine Truppen zurückzurufen. Der Bundeswehrstützpunkt Masar-e-Sharif wurde bereits an afghanische Streitkräfte zurückgegeben.

Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu warnte am Mittwoch vor den Folgen des Abzuges:

"Nach dem Abzug der NATO-Truppen ist es sehr wahrscheinlich, dass ein Bürgerkrieg wieder aufflammt mit all seinen negativen Folgen: weitere Verschlechterung des Lebens der Bevölkerung, Massenmigration und die Ausbreitung des Extremismus in die Nachbarstaaten." Die 20 Jahre hätten keine "signifikanten Ergebnisse zur Stabilisierung" erbracht. Nun müssten sich Nachbarländer und internationale Organisationen mit den daraus resultierenden Problemen befassen.

Derweil vermelden die Taliban neue Gebietseroberungen. Am Dienstag hieß es vonseiten der militanten Islamisten, ihnen sei die Einnahme des Grenzüberganges zu Tadschikistan gelungen. Die afghanischen Soldaten waren gezwungen, die Flucht zu ergreifen. Bereits 50 von insgesamt 370 Bezirken des Landes sind von den Taliban eingenommen worden. Afghanische Sicherheitskräfte sollen zum Teil zu den Taliban übergelaufen sein.

Die Sondergesandte Deborah Lyons zeigte sich vor dem UN-Sicherheitsrat in New York besorgt über die Sicherheitslage:

"Die meisten eingenommenen Bezirke umgeben Provinzhauptstädte, was darauf hindeutet, dass die Taliban sich positionieren, um zu versuchen, diese Hauptstädte zu erobern, sobald die

ausländischen Truppen vollständig abgezogen sind."

Der Vormarsch der militanten Islamisten bedeutet eine verschärfte Sicherheitslage für die letzten Bundeswehrsoldaten im Land. Die Taliban befinden sich 20 Kilometer von dem Lager der Soldaten. Ein Kommando Spezialkräfte (KSK) wurde entsandt, um den Abzug sicherer zu gestalten. Nach Aussagen eines Sprechers der Taliban würde die Organisation nicht versuchen, den Abzug der Ausländer zu behindern.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d307fc48fbef546700ef31.jpg>

Wpered.su: Donezker Kommunisten ehrten das Andenken der Toten der Jahre des Großen Vaterländischen Krieges

Am 22. Juni fand im Petrowskij-Bezirk von Donezk die Aktion „Kerze des Gedenkens“ anlässlich des 80. Jahrestags des Beginn des Großen Vaterländischen Kriegs statt. An der Veranstaltung nahmen Vertreter der KP der DVR, der Union sowjetischer Offiziere und Verteidiger der Donbass, der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ teil, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2021/06/Petrovskiy-1024x768.jpg>

de.rt.com: **Britischer Zerstörer dringt in russische Gewässer: Moskau bestellt britischen Botschafter ein**

Nach der Verletzung der russischen Grenze im Schwarzen Meer durch ein britisches Kriegsschiff hat das russische Außenministerium erklärt, den britischen Botschafter einbestellen zu wollen. Auch das russische Verteidigungsministerium stufte den Vorfall als eine grobe Verletzung der UN-Normen ein.

Am Mittwoch ist der britische Zerstörer HMS Defender in russische Gewässer im Schwarzen Meer eingedrungen, wie das russische Außenministerium kurz nach dem Vorfall mitteilte. Da er trotz Warnungen per Funk seinen Kurs nicht änderte, habe das russische Militär Warnschüsse in seine Richtung feuern und das Kriegsschiff zum Kurswechsel zwingen müssen.

Das russische Außenministerium bezeichnete den Vorfall im Schwarzen Meer als "eine grobe britische Provokation, die das Völkerrecht und die russische Gesetze verletzt", wie die Sprecherin Marija Sacharowa am Mittwochnachmittag bei einem Briefing in Moskau mitteilte. Sacharowa betonte zudem, man werde den britischen Botschafter ins russische Außenministerium einbestellen.

Auch das russische Verteidigungsministerium bezeichnete die "gefährlichen Manöver" des britischen Zerstörers HMS Defender als eine "grobe Verletzung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen". Russland ruft laut einer Pressemitteilung des Ministeriums die britische Seite dazu auf, "die Handlungen der Besatzung des Zerstörers HMS Defender zur Verhinderung ähnlicher Vorfälle in Zukunft untersuchen zu lassen". Der britische Militärattaché sei ins russische Verteidigungsministerium einbestellt worden, heißt es darin weiter.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums hatte das britische Marineschiff am Mittwoch um 11:52 Uhr Ortszeit die russische Grenze überquert und fuhr drei Kilometer weit in die Küstengewässer am Kap Fiolent auf der Krim. Der Zerstörer wurde im Voraus über den eventuellen Einsatz von Waffen im Falle einer Verletzung der russischen Staatsgrenze unterrichtet. Eine Reaktion auf die Warnung blieb jedoch aus. Um das weitere Vordringen des Kriegsschiffs ins russische Hoheitsgebiet zu verhindern, musste das russische Militär nach eigenen Angaben Warnschüsse in Richtung des Kurses der HMS Defender abgeben.

Das britische Verteidigungsministerium bestritt indes in einer Mitteilung auf Twitter, dass Warnschüsse auf die HMS Defender abgefeuert wurden. Das Schiff habe "in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht" lediglich eine "harmlose" Durchfahrt durch ukrainische Hoheitsgewässer durchgeführt, so das britische Verteidigungsministerium. Man glaube vielmehr, dass das russische Militär lediglich Schießübungen abgehalten habe.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d3466b48fbef7ab0185a30.jpg>